

## Bilder von den gestrigen Landtagswahlen in Berlin



### Die kleinen Parteien bei den preußischen Landtagswahlen

Berlin, 25. April. Zu dem preußischen Wahlergebnis ist folgendes zu bemerken: Die unter der Bezeichnung „Nationale Front“ zusammengefassten Parteien haben Wahlerfolge, d. h. mindestens 50 000 Stimmen in den Wahlkreisen, nicht erzielt. Aehnlich liegen die Dinge bei der Deutschen Staatspartei und beim Christlich-Sozialen Volksdienst. Beide Parteien haben je nur einen Sitz in den Wahlkreisen errungen; obgleich auf ihren Landeswahlvorschlägen 292 441 bzw. 200 068 Stimmen vorhanden sind und diese Stimmenzahl an sich ausreichen würde für weitere sechs bzw. vier Mandate, kann diesen Parteien auf den Landeswahlvorschlag je nur ein Sitz zuerkannt werden, da bekanntlich einer jeden Partei auf der Landesliste im Höchstfalle so viele Mandate zuerkannt werden dürfen, wie sie Sitze auf den Kreislisten errungen hat. Aus dem gleichen Grunde können auch der Sozialistischen Arbeiterpartei und den nationalen Widerheiten Mandate nicht zugeschlagen werden. Die Deutsche Volkspartei hat sieben Mandate insgesamt erhalten. Da nach Auszählung dieser Sitze 24 928 unverbrauchte Reststimmen auf der Landesliste verbleiben, ein Rest von 25 000 aber einen weiteren Sitz erbringt, kann damit gerechnet werden, daß der Deutschen Volkspartei bei der endgültigen Feststellung des Wahlergebnisses ein weiterer Sitz zufällt. Es darf darauf hingewiesen werden, daß zahlreiche Prominente mehrfach gewählt worden sind; die Frage, welches der ihnen zugeschaffenen Mandate zu annehmen werden, kann jetzt noch nicht beantwortet werden. Der Versuch, die in Frage kommenden Erstwähler bereit festzustellen, begegnet erheblichen Schwierigkeiten, da bekanntlich das Landeswahlgesetz sonst dahin abgedichtet worden ist, daß bei freivergebenen Mandaten nicht der erste Erstwähler nachtrifft, sondern die Vertrauensleute der Wahlvorschläge zu bestimmen haben, wem das Mandat zufallen soll.

### Die Gewählten

Berlin, 24. April. Unter den bereits als gewählt zu betrachtenden Abgeordneten befinden sich:  
bei der SPD: die Minister Braun, Seering, ferner die Abgeordneten Kuttner, Hellmann, Lennert, Leitner, Konrad Hansmann, Prof. Mölling, Frau Wohlgemuth, Frau Kunert, Klubisch, Meyer-Berlin, Weidemann, Brandenburg, Frau Hollmann, Wittmaak, Franken, Frau Jenke, Bugdahn, Jürgensen, Brandes, Frau Kübler, Schall, Stahl, Frau Ahneke, Behrens, Frau Helfers;  
bei den Deutschen Nationalen die früheren Abgeordneten Henkel, Dr. von Winterfeld, Benzlaff, Vogemann-Delze, Stüffer, Frische, Koch-Berlin, ferner v. Morawitz, v. Böhme und Carlsson;  
beim Zentrum die Minister Steiger und Hirschfelder, die früheren Abgeordneten Dr. Cremer, Oberpräsident Gronowski, Hagemann, Prälat Vinnenborn, Kreiser, Frau Wessels, Dr. Graß, Kühn, Frau Dr. Bauer, Dr. Laufer, Mallach, Frau Stoffels, neu u. a. Graf von Dahlem, Graf Matuschka, Dr. Hottinger, Dr. Boden, Dr. Weinand;  
bei der Deutschen Volkspartei: Wiegand-Berlin, Dr. Boehm;  
bei den Nationalsozialisten: Dr. Goebbels, Graf Hellendorf, Gauleiter Koch, General Litzmann, Meinhaußen, Freiherr von Selb, Gauleiter Wagner, Freiherr von Ely, Oberleutnant a. D. Schulz, Dr. Voepelmann, Kerrl, v. Wohrbach, Dohse;  
bei den Kommunisten: Piesk, Flörlingen, Opitz, Kasper, Kunz, Koenen, Suhr.

### Das Ausland zur Preußenwahl

Paris, 25. April. Zum Ergebnis der preußischen Landtagswahlen schreibt der Berliner Korrespondent des „Matin“, die Wähler hätten die Lage nicht gefährdet. Die öffentliche Meinung in Deutschland werde gespannt bleiben, da die Verteilung der Sitze, für den Augenblick wenigstens, die Schaffung einer regierungsfähigen Koalition unmöglich mache. Die Verhandlungen um die Regierungsbildung würden bald zeigen, ob Hitler genugt sei, auf legalem Wege zu bleiben, um die Regierungsgewalt in die Hand zu bekommen. „Journal“ schreibt, Hitler sei noch nicht der Herr, aber fünfzigjährigen könnten nur sehr starke und geschickte Kominationen ihn daran hindern, in der deutschen Politik eine wichtige Rolle zu spielen. „Echo de Paris“ knüpft an das Wahlergebnis weitgehende Kombinationen. Es meint, das Deutschland von Weitem verschwinden alle Tage etwas mehr. Der deutsche Parteidemokratismus sei gefordert. Man befürchtet sich bereits einem vierten Reich gegenüber, das von Militärschichten und methodischen Bürokraten, von Kulturologen und Anhängern der Autoritätspolitik geleitet werde. „République“ schreibt, die Wahl sei sowohl besorgniserregend wie beruhigend. Besorgniserregend, weil die revolutionäre Woge weiter über Deutschland hinwegsege, beruhigend, weil Hitler nicht über die absolute Mehrheit verfügen werde. „Oeuvre“ glaubt, daß der Sieg der Hitler-Partei lange Verhandlungen und komplexe Experimente zur Folge haben werde. „Quotidien“ schreibt: Deutschland sei in ein Abenteuer geraten, dessen Ende und Folgen man nicht absehen könne. Man beobachte eine Entwicklung, an der sich weder Frankreich noch Europa interessieren könnten. Der sozialistische „Populaire“ urteilt, die gestrige Wahl sei für Hitler die legitime Gelegenheit gewesen, sich der Regierungsgewalt wenigstens in Preußen zu bemächtigen. Gehörte sie die legitime Schlacht ausgetragen worden und Hitler habe sie verloren.

### Die Londoner Presse zu den Wahlen

London, 25. April. Die Wahlergebnisse in Deutschland konnten von der Morgenpost rechtzeitig noch nicht veröffentlicht werden. Die Blätter begnügen sich mit der Wiedergabe der Meldungen ihrer Korrespondenten und der Nachrichtenagenturen. In verschiedenen Blättern wird beeweist, daß das Zentrum zu einem Zusammengang mit den Nationalsozialisten bereit sein wird. Der Berliner Korrespondent des „Newspaper Chronicle“ aber bezeichnet eine Koalitionsregierung als möglich, indem er bemerkt, es sei Hitler nicht gelungen, auf gesetzlichem Wege Diktator zu werden, jedoch sei eine Regierung möglich, in der sein Extremismus durch die gemäßigteren Elemente gedämpft werde.

Oben links: Hitler wird bei der Rückkehr von seiner Wahlkreise Oben rechts: Der Reichspräsident, wie stets einer der ersten an der im Flughafen Tempelhof begrüßt. Neben ihm die Gattin des Wahlurne, beim Verlassen des Wahllokals. Rechts Staatssekretär Meissner.

Unten links: Hindenburg bei der Übergabe seines

Unten rechts: Der preußische Ministerpräsident Otto Braun beginnt in sein Wahllokal in Berlin-Zehlendorf.

## Der Verlauf des Wahltaages

### Tote und Verletzte

Berlin, 24. April. Die Reichshauptstadt bot heute, verglichen mit den beiden Reichspräsidentenwahlen, ein weitaus lebhafteres Straßebild. Während die Hauptverkehrsstraßen und die großen Plätze, abgesehen von den Utafahnen, fast gar keine Wahlpropaganda aufwiesen, herrschte in den Nebenstraßen, vor allem denen des östlichen und nördlichen Berlins, aber auch in den südlichen Vororten, ein regelrechter Flapengang, wie er bisher in Berlin noch nie beobachtet werden konnte. In vielen Häusern sind vier, ja mitunter sogar fünf verschiedene Parteijahnen herausgestellt. Zahlreiche Radfahrerkolonnen, hauptsächlich der NSDAP, und der KPD, mit ihren Parteijahnen durchfuhren die Stadt. Der Samariterdienst der einzelnen Parteien, der heute hauptsächlich die Aufgabe hat, bettlägerige und altersschwache Wähler an die Urne zu tragen, hatte bereits in den ersten Wahlstunden seine Arbeit intensiv aufgenommen. Die Utafahnen sind fast restlos mit riesigen Wahlplakaten besetzt und nur unterbrochen durch die öffentlichen Bekanntmachungen über die Wahl und die Wahllokale.

Besonderes Interesse erregte bei der heutigen Wahl das Wahllokal in der Kanonierstraße, wo kurz vor 8½ Uhr der Reichspräsident von Hindenburg in Begleitung des Staatssekretärs Dr. Meissner und seines Kammerdieners zur Wahl erschien. Das Lokal, das durch Polizeistreifen und mehrere höhere Polizeioffiziere besonders gesichert war, wurde neben vielen Neugierigen von einem Heer von Photographen und mehreren Tonfilmapparaturen umlagert; sogar im Lokal selbst wurde der Wahlkampf des Reichspräsidenten von einer Wochenschau festgehalten.

In den Vormittagsstunden blieb die Wahlbeteiligung zunächst gegenüber den beiden anderen Wahltagen zurück, und es ist anzunehmen, daß bis zur Mittagszeit etwa 35 Prozent ihrer Wahlpflicht genutzt haben. Wenn es auch verschiedentlich zu Zwischenfällen gekommen ist, so haben diese doch keinen ernsthaften Charakter angenommen. Störungen der Wahlhandlung selbst sind nirgends vorgekommen. Insgesamt wurden von heute früh 8 Uhr bis 4 Uhr nachmittags 107 Personen, darunter 85 Kommunisten und 88 Nationalsozialisten, festgenommen, so daß sich mit den bereits gestern Sichteten 326 in Polizeigewahrsam befinden.

Im übrigen preußischen Staatsgebiet war fast überall die Wahlbeteiligung in den Vormittagsstunden schwächer als bei den beiden Gängen der Reichspräsidentenwahl.

Essen: Im ganzen Ruhrgebiet ist es am heutigen Wahltag überall ruhig gewesen. Dagegen mußte die Polizei in der vergangenen Nacht und gestern abend wiederholte Einschreiten und Demonstrationen und Klebefolionen festnehmen. Zu ernsteren Zusammenstößen kam es gestern abend in Duisburg-Hamborn in einer nationalsozialistischen Versammlung, die von einer größeren Zahl Kommunisten gestört wurde. Bei der Schlägerei wurden 14 Personen so schwer verletzt, daß sie dem Krankenhaus zugeführt werden mußten. Eine größere Anzahl leichter Verletzter wurde von ihren politischen Freunden in Sicherheit gebracht. Auch am Hamboener Altmarkt kam es zu einer Schlägerei, bei der die Polizei eingreifen mußte. Ein 49-jähriger Arbeiter wurde durch einen Brustschlag so schwer verletzt, daß der Tod unmittelbar darauf eintrat. Drei Kommunisten

wurden als mutmäßliche Täter festgenommen.

In Dortmund wurde ein junger Mann durch einen Schrotblitz verletzt. In Recklinghausen, Gelsenkirchen, Bochum sowie im Sauerland ist alles ruhig gewesen. Die Wahlbeteiligung war dort verhältnismäßig rege. In Düsseldorf wurde ein Kaufmann von Kommunisten auf der Straße überfallen und so schwer verletzt, daß er ins Krankenhaus gebracht werden mußte. In Duisburg-Hamborn wurde bei einer Schlägerei eine Person so schwer verletzt, daß sie ins Krankenhaus gebracht werden mußte. Ein Nationalsozialist wurde unter dem Verdacht der Täterschaft festgenommen. In Hochfeld kam es zu einer Schlägerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, bei der zwei Personen verletzt wurden.

Köln: Im ganzen Rheinland sind nirgends beherrschende Zwischenfälle am Wahltag vorgekommen.

Frankfurt a. M.: Die Wahlbeteiligung war in den Morgenstunden gering, nahm aber gegen Mittag und in den Nachmittagsstunden zu. Zwischenfälle haben sich nirgends ereignet.

Kassel: Auch hier ist es nirgends zu Zusammenstößen gekommen. Wenn auch die Wahlbeteiligung in den Vormittagsstunden sehr rege war, so durfte sie doch nicht an die Zahl des ersten Wahlgangs der Reichspräsidentenwahl heranreichen. Zu einem ernsthaften Zwischenfall kam es in Bad Soden, wo in der Nacht ein Einwohner, der sich von einem Kommunisten bedroht fühlte, zur Waffe griff und in eine Gruppe Kommunisten hineinfuhrte. Eine Person wurde dabei schwer verletzt und ins Krankenhaus gebracht. Der Schläger wurde festgenommen.

Ulm: In Nord- und Nordwestdeutschland ist der Wahltag ebenfalls ohne Zwischenfälle verlaufen. Während in Ostwestfalen die Wahlbeteiligung geringer war, setzte sie in Schleswig-Holstein schon frühzeitig rege ein. Auch in Ulm selbst mußten die Wähler schon in den Vormittagsstunden vor den Wahllokalen Schlange stehen. In Hannover kam es in der Nacht verschiedentlich zu Zusammenstößen. Die Polizei nahm mehrere Personen fest. Eine Unzahl der Beteiligten mußte ins Krankenhaus gebracht werden.

In Bayern war die Wahlbeteiligung für die dortige Landtagswahl gegenüber dem Interesse in Preußen fast durchweg erheblich stärker. Die Nacht ist in München ebenso wie in Nürnberg ruhig verlaufen. In Ludwigshafen verließ der Wahlsonntag gleichfalls außerordentlich ruhig. Gegenüber dem übrigen Bayern war in der ganzen Pfalz die Wahlbeteiligung geringer.

### Ein Nationalsozialist von Kommunisten erschossen

Berlin, 24. April. Ein Vorfall, dessen Einzelheiten noch der Auflösung bedürfen und dem ein Menschenleben zum Opfer fiel, ereignete sich heute früh gegen 4½ Uhr in der Münchnerstraße, wo ein 22 Jahre alter Kaufmann, der der NSDAP angehörte, von Kommunisten angegriffen und durch einen Schuß in die rechte Schläfe tödlich verletzt wurde. Die Täter flüchteten in ein Haus in der Münchnerstraße. Bei der Durchsuchung dieses Hauses wurden vier junge Leute entdeckt, die der Täterschaft verdächtig sind und nach dem Polizeipräsidium übergeführt wurden.

Berlin, 24. April. Zu der Ermordung des Nationalsozialisten Udo Kürth in der Münchnerstraße erfahren wir noch, daß die Täter Mitglieder einer kommunistischen Klebefolionen sind, die auf Kürth, der sich in Begleitung von